



II-1721 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER  
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN  
ROBERT GRAF

Zl. 10.101/293-I/A/3a/87

Wien, am 3. 9. 1987

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Leopold GRATZ  
  
Parlament  
1017 Wien

780/AB  
1987-09-04  
zu 718/1J

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 718/J betreffend Forderungen der Volkspartei der letzten drei Jahre, welche die Abgeordneten Eigruber und Haigermoser am 6. Juli 1987 an mich richteten, beehre ich mich zu den Punkten 1 bis 3 der Anfrage wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Punkt 1 der Anfrage:

Die in der Zeitschrift "Erfolg" angeführten Forderungen der Österreichischen Volkspartei sind mir bekannt.

Zu den Punkten 2 und 3 der Anfrage:

Zur Forderung 1:

Die am 21. Jänner 1987 ins Amt getretene Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Staatshaushalt zu ordnen. Im Interesse der Stabilisierung und Konsolidierung des Staatshaushaltes werde ich jedoch im Wege der bevorstehenden Steuerreform bemüht sein, die Anliegen der Klein- und Mittelbetriebe zu vertreten, zumal nach allen vorliegenden Untersuchungen,

- 2 -

besonders auch des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, gerade die Klein- und Mittelbetriebe für die weitere gute Entwicklung der österreichischen Wirtschaft und Volkswirtschaft, dank ihrer Konkurrenzfähigkeit und Anpassungsfähigkeit an neue wirtschaftliche Entwicklungen, eine hervorragende Bedeutung haben.

Im Bereich der Beratung der Wirtschaft möchte ich für die Klein- und Mittelbetriebe insbesondere auf nachstehende Aktionen hinweisen:

#### 1. Innovative Energieberatung durch Ziviltechniker

Bereits seit mehreren Jahren läuft eine von meinem Ressort und der gewerblichen Wirtschaft finanzierte Energieberatung in der Industrie. Um auch kleineren beziehungsweise mittleren Gewerbebetrieben im Hinblick auf das auch in diesem Sektor nach wie vor bestehende Energiesparpotential eine zielgerichtete Beratung zukommen zu lassen, wurden Initiativen zu einer ähnlichen Aktion, wie sie bereits für größere Unternehmen besteht, genutzt.

Unter dem Titel "Innovative Energieberatung durch Ziviltechniker" wird vorerst für steirische Gewerbebetriebe eine von meinem Ressort und dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung finanzierte Beratungsaktion im Zusammenhang mit der Ingenieurkammer für Steiermark und Kärnten durchgeführt. Diese Energieberatungsaktion wendet sich an Betriebe, deren Energiebedarf im Durchschnitt der letzten Jahre zehn bis dreißig Tera Joule/Jahr betragen hat. Die Beratungen werden ausschließlich von staatlich

- 3 -

beeideten Ziviltechnikern einschlägiger Befugnis durchgeführt und sind für die Unternehmen kostenlos. Der Vertragsabschluß für diese Aktion ist bereits erfolgt. Die Beratungen bei den Betrieben werden voraussichtlich im September 1987 beginnen.

## 2. Wehrwirtschaftliche Sprechstage

Im Herbst 1985 wurde das Kuratorium Wehrwirtschaft gegründet, um die zwischen dem Bundesheer und der Wirtschaft anfallenden Probleme im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe zu erörtern und insbesondere die Fertigungsvorschriften zu überprüfen.

Durch die Abhaltung von wehrwirtschaftlichen Sprechtagen in den einzelnen Bundesländern wird den kleineren und mittleren Betrieben Gelegenheit gegeben, ihre Anliegen an die Heeresverwaltung heranzutragen.

## Zur Forderung 2:

Die Forderung der Abschaffung der Kreditsteuer fällt in den Kompetenzbereich des Bundesministers für Finanzen.

## Zu den Forderungen 3 bis 6:

Am 2. Juli 1987 wurde mit den Stimmen der beiden Regierungsparteien beschlossen:

a) Das erste Wohnrechtsänderungsgesetz (mit ersten Änderungen im Bereich des Wohnbauförderungsgesetzes 1984, des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes, des Stadterneuerungsgesetzes) worauf aufbauend die geplante Neu-Organisation der Wohnbauförderung in Österreich erfolgen soll.

- b) Das Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987, womit die Möglichkeit geschaffen wurde, öffentliche Wohnbaudarlehen bis zum 31.12.1988, mit einem Nachlaß bis zu 50 % der Restschuld für "private" Förderungsnehmer und bis zu 60 % für Gemeinden und gemeinnützige Bauvereinigungen, vorzeitig tilgen zu können.

Sonstige Forderungen im Bereich Wohnbau werden Gegenstand der Verhandlungen über die Veränderung sein.

Zur Forderung 7:

Das EG-Parlament hat auf seiner Juli-Sitzung in Straßburg teuren Subventionen für eine großindustrielle Herstellung von Bio-Äthanol unter den gegebenen Weltmarktbedingungen mit niedrigen Rohölpreisen eine Absage erteilt. Jedoch wird im Hinblick auf das langfristig zu erwartende erneute Ansteigen der Ölpreise ein vorsichtiges Vorgehen befürwortet, um in Pilotprojekten die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen sowie die umweltrelevanten Folgen zu untersuchen.

Eine gleichgerichtete Vorgangsweise wird derzeit in Österreich verfolgt. So laufen mehrere Pilotprojekte, die durch Mittel der Energieforschung unterstützt werden. Darüber hinaus besteht seit Herbst 1985 eine Zusammenarbeit zwischen der österreichischen Mineralölwirtschaft und der Landwirtschaft in Form der Arbeitsgemeinschaft "Erneuerbare Energien". Damit konnten nicht nur die ehemals vorhandenen Konflikte zwischen der österreichischen Mineralölwirtschaft und den Bauern beim Bau der Trans-Austria-Gaspipeline ausgeräumt werden, sondern vielmehr wurde seit Herbst 1986 von der ÖMV in Absprache mit der Landwirtschaft ein Flottentest mit einem

- 5 -

bleifreien Ottomotor-Kraftstoff mit 2,6 % Äthanolbeimischung durchgeführt. Nach den bisherigen Ergebnissen kann davon ausgegangen werden, daß bei einer derartigen Beimischung allgemein keine technischen Probleme zu erwarten sind.

Zur Zeit käme die Herstellung von einem Liter Äthanol auf Basis des Weltmarktpreises von Getreide auf 3 bis 4 Schilling. Die tatsächlichen Herstellungskosten (ohne Stützungen) liegen bei Getreide jedoch bei 3 bis 4 Schilling pro kg.

Erfolgversprechender erscheint gegenwärtig der Weg der Landwirtschaft, Biosprit aus Ölfrüchten (Sonnenblumen, Raps) für den Betrieb von Traktoren herzustellen. Zur Untersuchung der Wirtschaftlichkeit solcher Verfahren laufen derzeit einschlägige Pilotprojekte.

Aufgrund der derzeitigen Rohölpreise kann davon ausgegangen werden, daß gegenwärtig eine großtechnische Treibstoffalkoholerzeugung aufgrund der mangelnden Wirtschaftlichkeit nicht verwirklicht werden kann.

Um aber bei einem Ansteigen der Rohölpreise einen raschen Einstieg in eine Biospritproduktion in Österreich zu ermöglichen, werden weiterhin entsprechende Pilotprojekte, auch unterstützt vom Bund, vorangetrieben werden.

